



# ANTRAGSBUCH JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

18. NOVEMBER 2023

## 1 Inhalt

|                                                                                                                                     |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| A. Partei.....                                                                                                                      | 2  |
| Antragstitel: Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen (§ 14.1) .....                                          | 3  |
| Satzungsändernder Antrag: Antragsberechtigung nach §10.4 der Satzung der SPD Wiesbaden .....                                        | 4  |
| Antragstitel: Rechtsextremismus, AfD, antidemokratische Entwicklung.....                                                            | 5  |
| Antragstitel: „Ein Awareness-Team – jetzt!“ .....                                                                                   | 8  |
| Antragstitel: Erhalt der Lebensgrundlagen – Nachhaltige Entwicklung als politische Leitlinie der SPD..                              | 9  |
| B. Bund .....                                                                                                                       | 11 |
| Antragstitel: Neue Gesetzesstrategie zur Prostitution mit dem Ziel der Einführung des „Nordischen Modells“ auch in Deutschland..... | 12 |
| C. Stadt.....                                                                                                                       | 14 |
| Antragstitel: Kommunale Altenpflege .....                                                                                           | 15 |
| Antragstitel: Baulandbeschluss – Wiesbadens neue Wohnbaustrategie .....                                                             | 16 |
| Antragstitel: Nachhaltiger Umgang mit Grünflächen .....                                                                             | 17 |

# A. Partei

## A1

Antragsteller: Unterbezirksvorstand Wiesbaden

1 Antragstitel: Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen (§ 14.1)

2 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

3 Die SPD Wiesbaden führt 2024 ihre Parteitage (ordentlich wie außerordentliche) als  
4 Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen durch.

5 **Antragsbegründung:**

6  
7 Die SPD ist eine basisdemokratische Partei. Allerdings sind die Strukturen teilweise  
8 sehr veraltet und neuen Parteimitgliedern wird es manchmal erschwert, als Delegierte  
9 an Parteitag teilzunehmen. Dadurch werden Mitglieder oft demotiviert.  
10 Auf der Unterbezirksebene kann dies sehr leicht durch die Umsetzung von  
11 Mitgliederversammlungen als Parteitag recht unproblematisch umgesetzt werden. Eine  
12 größere Aktivität an Mitgliedern und ein erleichterter Netzwerkaufbau soll dadurch  
13 gewährleistet werden.

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

Zustimmung.

- |                                                                     |                          |
|---------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission         | <input type="checkbox"/> |
| Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung | <input type="checkbox"/> |
| Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung   | <input type="checkbox"/> |

## A2

Antragsteller: Unterbezirksvorstand Wiesbaden

- 1 Satzungsändernder Antrag: Antragsberechtigung nach §10.4 der Satzung der SPD  
2 Wiesbaden

3 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

- 4 §10 Abs. 4 der Satzung der SPD Wiesbaden wird wie fett-schwarz hervorgehoben ergänzt  
5 und lautet im Ergebnis wie folgt:

6 Antragsberechtigt sind:

- 7 a) der Unterbezirksvorstand,  
8 b) die Mitgliederversammlungen und Vorstände der Ortsvereine,  
9 c) die Arbeitsgemeinschaften,  
10 d) die vom Unterbezirksvorstand eingesetzten Arbeitskreise **und Foren**

11 **Antragsbegründung:**

12

- 13 Die SPD lebt von der Aktivität und dem Engagement ihrer Mitglieder. Neben den  
14 Arbeitsgemeinschaften der Partei hat die SPD Wiesbaden aktuell ein aktives Forum.  
15 Auch diesem soll es ermöglicht werden, auf den ordentlichen und außerordentlichen  
16 Parteitag des Unterbezirks eigene Anträge einzubringen.

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

Zustimmung.

- |                                                                     |                          |
|---------------------------------------------------------------------|--------------------------|
| Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission         | <input type="checkbox"/> |
| Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung | <input type="checkbox"/> |
| Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung   | <input type="checkbox"/> |

## **A3**

Antragsteller: Ag60 plus der SPD Wiesbaden

1 Antragstitel: Rechtsextremismus, AfD, antidemokratische Entwicklung

2 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

3 Die SPD Wiesbaden startet eine Kampagne gegen den wachsenden Rechtsextremismus in  
4 der Bundesrepublik. Diese soll nicht nur aus wohlklingender offensiver Rhetorik bestehen,  
5 sondern konkrete Maßnahmen und Aktionen beinhalten:

6 Die SPD Wiesbaden organisiert spätestens mit Beginn des Frühjahrs 2024 verschiedene  
7 Formen der Diskussion und Information zur Gefahr des Rechtsextremismus mit:

8  
9 - Vorträgen, Themenseminaren/Schulungen in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und  
10 auf UB-Ebene

11 - öffentlichen Tagungen, Konferenzen mit ExpertInnen (z.B. mit dem Wissenschaftler  
12 Wilhelm Heitmeyer).

13 Die SPD Wiesbaden entwickelt ein Konzept für Zielgruppen, die besonders für  
14 rechtsextreme Politik anfällig sind, um vor allem

15 - Junge Menschen,  
16 - gewerbliche Arbeitnehmer,  
17 - deutsche Bürger osteuropäischer Herkunft

18 zu erreichen und zu gewinnen.

19 **Antragsbegründung:**

20 Zu lange schon wird die SPD als linksprogressive Kraft für Erhalt und zielbewusste  
21 Weiterentwicklung unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaats nicht mehr  
22 wahrgenommen. Spätestens die aktuellen Wahlergebnisse haben uns schmerzhaft gezeigt,  
23 dass die SPD, also wir, kaum noch als zuverlässige zukunftsorientierte politische  
24 Gestaltungskraft ernst genommen werden. Offensives Handeln ist nötig.

25 Schulungen und Argumentationshilfen sollen die SPD-Mitglieder befähigen, rechter  
26 Propaganda und Stammtischsprüchen qualifiziert und treffsicher zu entgegnen.

27 Die Möglichkeiten des kommenden Demokratieförderungsgesetzes sollen genutzt werden.

28 Aussichtsreich können öffentliche Streitgespräche z.B. zu den in der rechten Szene  
29 vertretenen völkischen Ideologien und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft sein.

30 Ein offensives, direktes Entgegentreten bei Äußerungen von AfD-Vertretern mit  
31 rassistischen, sozialen, kulturellen, sexistischen und anderen Diskriminierungen, sollte  
32 selbstverständlich werden. Wirkungsvoll sind schnelle und allgemeinverständliche  
33 Reaktionen auf die Alltags-politik und Äußerungen von AfD-Politikern und Funktionären mit  
34 einer klaren Widerlegung bzw. Bloßstellung ihrer Absichten.

35 Es ist dringend erforderlich, nach den beunruhigenden Erfolgen der AfD und der  
36 zunehmenden „Normalisierung“ rechter Meinungsbildung in der Bundesrepublik dieser

1 Entwicklung ostentativ entgegenzutreten und ihr nicht länger passiv entgegenzusehen. Sie  
2 stellt eine große Gefahr für das demokratische und sozialstaatliche Gemeinwesen der BRD  
3 dar.

4 Als spezifische Merkmale rechtsextremistischer Gesinnung (u. a. nach Hans-Gerd Jaschke,  
5 Politikwissenschaftler) seien genannt:

6 Rechtsextremismus ist die Gesamtheit der Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen,  
7 die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausge-  
8 hen;

- 9 • Einteilung von Völkern nach ethnischer Homogenität;
- 10 • Ablehnung von Gleichheitsvorstellungen und dem Gebot der Menschenrechts-  
11 Deklaration;
- 12 • Der Bürger hat sich einer Staatsräson unterzuordnen;
- 13 • Wertpluralismus einer sozialliberalen Demokratie werden abgelehnt;
- 14 • Demokratisierung, differenzierte liberale Lebensformen, individuelle  
15 Selbstbestimmung, offene kritische Diskussion werden abgelehnt und sollen  
16 rückgängig gemacht werden.
- 17 • Die AfD fordert zudem in ihrer Programmatik:
- 18 • Die deutsche Geschichte soll nationalen Stolz und Verantwortung hervorkehren, die  
19 Zeit des Nationalsozialismus relativiert werden (Gauland: kleiner „Vogelschiss“ auf  
20 der ruhmreichen dt. Geschichte!);
- 21 • Die traditionelle Familie mit der Frau v.a. als Hausfrau und Mutter soll gefördert,  
22 Alleinerziehende demgegenüber benachteiligt werden;
- 23 • Die deutsche Sprache soll stärker in den Vordergrund treten als Ausdruck der  
24 deutschen Kultur und Identität und von Fremdeinflüssen wie Gendern und Denglisch  
25 gereinigt werden;
- 26 • Die deutsche Kultur soll als Ausdruck der deutschen Seele und des deutschen  
27 Geistes besonders herausgestellt werden;
- 28 • Deutschland soll raus aus dem Euro;
- 29 • Die AfD will die Steuern senken, vor allem für hohe Einkommen und Vermögen. Die  
30 Schwachen werden benachteiligt;
- 31 • Die AfD will den Mindestlohn abschaffen oder senken;
- 32 • Sozialausgaben sollen gekürzt werden vor allem für Arbeitslose, Flüchtlinge und  
33 Migranten, die Arbeitslosenversicherung verschlechtert werden;
- 34 • Entwicklungshilfe soll drastisch gekürzt, das Entwicklungsministerium abgeschafft  
35 werden.
- 36 • Grenzen sollen geschlossen, Zuwanderung v. a. am Nutzen für die dt. Wirtschaft  
37 ausgerichtet werden.
- 38 • Die menschengemachte Klimaentwicklung wird geleugnet, das Pariser Abkommen  
39 soll verlassen werden.

40 **Vor allem in Hinblick auf die bevorstehende Europawahl ist eine offensive inhaltliche**  
41 **Auseinandersetzung unabdingbar.**

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

Überweisung an den UBV.

- Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission ☐
- Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung ☐
- Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung ☐



## A4

Antragsteller: Jusos der SPD Wiesbaden

1 Antragstitel: „Ein Awareness-Team – jetzt!“

2 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

3 (1) Wir fordern die Einrichtung eines Awareness-Teams in der SPD-Wiesbaden, bestehend  
4 aus mindestens zwei Personen mit einer quotierten Besetzung.

5 (2) Das Awareness-Team sollte außerhalb der hierarchischen Strukturen bestehen, weshalb  
6 eine gleichzeitige Mitgliedschaft im SPD-Vorstand ausgeschlossen ist. Das Team soll aus  
7 der Parteibasis durch die Mitglieder gewählt werden.

8 (3) Die Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen, eine Anlaufstelle für Sexismus  
9 und Diskriminierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe, bei persönlichen  
10 Grenzverletzungen zu unterstützen und für das Thema innerhalb der SPD zu sensibilisieren.  
11 Die dabei ausgetauschten Informationen müssen streng vertraulich behandelt werden. Das  
12 Awareness-Team kann eine beratende Rolle einnehmen oder auf Wunsch der Betroffenen  
13 auch aktiv werden.

14 (4) Die Beauftragten sollen zuständig sein für Genoss\*Innen und Jusos, aber auch für  
15 Menschen außerhalb der Partei, die Veranstaltungen der SPD besuchen oder besucht  
16 haben.

17

**Antragsbegründung:** erfolgt mündlich.

**FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:**

Ergänzung Z.5: Dafür erarbeitet der UBV ein Konzept und sorgt dafür, dass das Awareness-Team auf dem nächsten ordentlichen Parteitag der SPD Wiesbaden gewählt wird.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission ☐

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung ☐

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung ☐

## A5

Antragsteller: Forum Nachhaltigkeit, Klima, Europa über den Unterbezirksvorstand  
Wiesbaden

Antragstitel: Erhalt der Lebensgrundlagen – Nachhaltige Entwicklung als politische Leitlinie  
der SPD

**Die Mitgliederversammlung möge beschließen** und an den SPD-Parteivorstand sowie die  
Grundwertekommission der Partei weiterleiten:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands orientiert ihre traditionellen Grundwerte  
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität an der Leitlinie Nachhaltige Entwicklung.

### **Antragsbegründung:**

Bisher wird der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in den programmatischen  
Kernforderungen nicht vorgetragen, er erscheint wie ein „abgeleiteter Wert“ wie seinerzeit  
lange die Frauenfrage, die auch als gelöst angesehen wurde, wenn erstmal die  
gesellschaftliche Gleichheitsfrage geklärt ist. Es wird aber immer deutlicher, dass die  
Erhaltung der Lebensgrundlagen des Planeten Erde eine Voraussetzung ist, um alle andere  
Politik weiter betreiben zu können. Deshalb muss sich die gesamte Programmatik der SPD  
an der Forderung nach der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch nachhaltige  
Entwicklung ausrichten und die politische Praxis unserer Partei leiten. Das heißt auch, dass  
die Losung „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ nicht nur die eigene Nation meint,  
sondern die gesamte Menschheit, einschließlich der zukünftigen Generationen.

Die SPD-Grundwertekommission begründet die bekannten Grundwerte für das politische  
Handeln der Partei mit den ursprünglichen Losungen der Französischen Revolution,  
„**Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit**“, die die Grundlage der europäischen Demokratie  
waren. In der weiteren programmatischen Entwicklung des demokratischen Sozialismus  
wurden die Kerngedanken **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit** im Godesberger  
Programm mit den Begriffen **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** transformiert.

Im Laufe ihrer Programmentwicklung mussten neue gesellschaftspolitische Fragen  
aufgenommen werden. Das lange gehegte Wachstumsversprechen als  
Fortschrittsverständnis wurde in Frage gestellt, Ziele wie die ökologischen Kreislaufwirtschaft  
(1978) traten in den Vordergrund, Themen Gleichstellung der Frau, Frieden und  
Industrieentwicklung globale Teilhabe am Fortschritt oder Zweifel an der Atomenergie traten  
in den Focus.

Der SPD-Politiker Benjamin Mikfeld schrieb dazu in einer Analyse („Ökologische  
Industriepolitik“):

„Auch wenn in der SPD weitgehend Konsens über die Ziele und Instrumente der  
ökologischen Industriepolitik herrscht, so sind einige Fragen nicht vollends geklärt (red. kl.  
Änderung). In den kommenden Jahren wird zu beraten sein, welche Reichweite ein »**sozial-  
ökologischer New Deal**« haben muss. Die Kernfrage ist hierbei:

- 1 • **Reicht es, den bestehenden Kapitalismus ökologisch/stofflich umzuprogrammieren**  
2 **oder müssen weitergehende Reformen erfolgen?**

3 Weitere Fragen sind:

- 4 • Welche Spielräume für weiteres Wachstum bestehen in den hoch entwickelten  
5 Volkswirtschaften angesichts eines anwachsenden globalen Ressourcenhungers?  
6 • Sind die (ökologischen) Ziele und Innovationen erreichbar in einem durch hohe  
7 Renditevorgaben dominierten Finanzkapitalismus?  
8 • Muss die Macht der großen Energiekonzerne eingeschränkt werden – u.a. durch die  
9 Stärkung von kleinen Energieproduzenten, eine Rückbesinnung auf öffentliche  
10 Stadtwerke und staatliches (Mit-)Eigentum an den Energienetzen?  
11 • Ist die ökologische Industriepolitik nicht nur eine »grüne« Fortsetzung einer Politik des  
12 hohen Export und Leistungsbilanzüberschusses? Muss ein zukünftiger nachhaltiger  
13 Wachstumspfad nicht – ergänzend zur ökologischen Industriepolitik – stärker auf den  
14 Ausbau qualifizierter sozialer Dienstleistungen setzen?  
15 • Und was bedeutet dies alles für die Fragen der sozialen Kostenteilung einer ökologischen  
16 Umsteuerung, für die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse und die staatliche Steuer-  
17 und Finanzpolitik?“

18 Die Politik der SPD ist offenkundig bei den Fragen stehengeblieben:

- 19 1. was ist, wenn die Ressourcen nicht mehr reichen,  
20 2. wenn das Wachstum nicht mehr unbegrenzt als Verteilungsfaktor propagiert werden  
21 kann,  
22 3. wenn industrielle Produkteinschränkungen entstehen,  
23 4. wenn die natürlichen Grundlagen der Erde die Ernährung, die Lebensräume, das  
24 Wasser, die ungefährdete Existenz der wachsenden Erdbevölkerung einschränken?

25 Martin Schulz hatte in seiner Position als Parteivorsitzender 2017 den Arbeitsbeginn für ein  
26 neues Grundsatzprogramm angekündigt, dies wurde aber von seinen Nachfolgern nicht  
27 weiterverfolgt. Inzwischen stürmt ein großer Block programmatischer Erneuerungsfragen auf  
28 die Partei ein – neue Friedenspolitik, Klima- und Wetterkatastrophen, Sozial-, Pflege- und  
29 Gesundheitspolitik, fortschreitende Digitalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Gestaltung der  
30 Arbeitswelt, Datenschutz und die Regulierung der global tätigen Internetkonzerne, die  
31 konzentrierte Antworten verlangen. Diese Arbeit muss die Partei nun aufgreifen.

**FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:**

Erledigt durch Beschlusslage:

Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober  
2007. S.17.

- Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission ☐
- Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung ☐
- Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung ☐

## 2. Bund

## A6

Antragsteller: SPD FRAUEN der SPD Wiesbaden

Antragstitel: Neue Gesetzesstrategie zur Prostitution mit dem Ziel der Einführung des „Nordischen Modells“ auch in Deutschland

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Die SPD-Bundestagsfraktion möge dafür Sorge tragen, dass in der Bundesgesetzgebung zur Prostitution in Deutschland eine Kehrtwende eingeleitet wird.

Nicht zuletzt durch die auch von Deutschland ratifizierte [Istanbul-Konvention](#) besteht dringender Handlungsbedarf - sowohl das [Prostitutionsgesetz](#) von 2002 als auch das [Prostituiertenschutzgesetz](#) von 2017 müssen zurückgenommen werden, um Frauen in der Prostitution vor Gewalt zu schützen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Insbesondere das Prostitutionsgesetz von 2002 und die damit eingeleitete Liberalisierung der Prostitution in Deutschland schlimme Folgen für die betroffenen Frauen hat, während andererseits die gewünschten Zielsetzungen nicht eingetreten sind. So bietet die gegenwärtige Gesetzeslage keinen wirksamen Schutz vor Zwangsprostitution (Studien gehen von mind. 90% erzwungener Prostitution aus, mit allen damit verbundenen Zwangslagen und menschenunwürdigen Lebensumständen der betroffenen Frauen).

Ansatzpunkte für eine neue Gesetzgebung bietet das [Nordische Modell](#), das seit Jahren in Schweden, Norwegen, Island und Frankreich praktiziert wird. Die wesentlichen Merkmale des Nordischen Modells sind:

- 1) Entkriminalisierung der Prostituierten,
- 2) Kriminalisierung der Sexkäufer und Betreiber,
- 3) Finanzierung von Ausstiegsprogrammen für Prostituierte,
- 4) Prävention von Kindesbeinen an (beginnend im Kindergartenalter)

### **Antragsbegründung:**

- Ein weiteres Abwarten ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, denn auch ohne das Ergebnis der in Auftrag gegebenen Evaluierung des Gesetzes von 2017 lässt sich ausreichend belegen, dass die Liberalisierung von 2002 einzig den Freien und Zuhältern nutzt, während sie die Situation der prostituierten Frauen um ein Vielfaches verschlechtert hat.
- Das Europäische Parlament empfiehlt den EU-Mitgliedstaaten bereits seit 2016 die Einführung des Nordischen Modells.
- 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert, und sich damit verpflichtet „auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen (...)“. Frauen in der Prostitution sind hier als eigene Gruppe explizit aufgeführt.
- Die UNO-Mitgliedsstaaten, damit auch Deutschland, haben sich verpflichtet, Prostitution auszumerzen.

Weiterführende Informationen: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0240\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0240_DE.html)

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

Zustimmung.

- Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission ☐
- Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung ☐
- Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung ☐

# 3. Stadt

## A7

Antragsteller: Ag60 plus der SPD Wiesbaden

1 Antragstitel: Kommunale Altenpflege

2 **Die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:**

3 Kommunen kommt in der Altenpflege eine besondere Rolle zu, denn hier kann im vertrauten  
4 Umfeld der Senioren und Seniorinnen eine gute Betreuung auch mit freiwilligem  
5 Engagement umgesetzt werden. Das bedeutet auch Lebensqualität in der letzten  
6 Lebensphase.

7 Die AG 60plus legt großen Wert auf den Erhalt der Kommunalen Altenpflege und bittet die  
8 SPD-Stadtverordnetenfraktion sich für den Erhalt der Altenhilfe Wiesbaden (AHW) GmbH  
9 einzusetzen.

10 Die beiden Alten- und Pflegeheime der Altenhilfe Wiesbaden GmbH haben einen  
11 ausgezeichneten Ruf und überzeugen durch eine qualitativ hochwertige Betreuung, was  
12 auch die Belegungszahlen bestätigen.

13 Deshalb muss ein besonderes Augenmerk auf die zügige Umsetzung des Neubaus des  
14 Moritz-Lang-Hauses gerichtet werden.

15 Auch in Zeiten angespannter Haushaltslage muss die Umsetzung des Neubaus, nach  
16 jahrelangen Verzögerungen nun zeitnah realisiert werden.

17

18 **Antragsbegründung:** erfolgt mündlich.

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

Zustimmung.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission

☐

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

☐

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

☐



## A8

Antragsteller: Ag60 plus der SPD Wiesbaden

1 Antragstitel: Baulandbeschluss – Wiesbadens neue Wohnbaustrategie

2 **Die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:**

3 Auch die AG 60plus hat sich mit dem Antrag zum „Baulandbeschluss“ befasst. Wir begrüßen  
4 die Initiative der Kooperation, sich mit diesem Thema zu befassen. Wir begrüßen auch, dass  
5 die zurückliegenden Einzelbeschlüsse in einem „großen Beschluss“ zusammengefasst  
6 werden soll. Hiermit wird auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet, was wir sehr  
7 begrüßen.

8 Die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

9 Die SPD-Stadtverordnetenfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die unten aufgeführten  
10 Punkte in dem noch zu erarbeitenden Baulandbeschluss aufgenommen werden:

11 Netto-Null- Flächenverbrauch: Netto-Null-Flächenverbrauch bedeutet, dass für die  
12 Neuversiegelung einer Fläche eine andere entsiegelt werden muss, Hier sollte ein  
13 Zeitrahmen festgelegt werden, in dem der Flächen-Ausgleich erfolgen muss.

14 1200 Neue Wohnungen im Jahr: Bei allen Wohnbauplanungen ob neu oder im Bestand  
15 muss auch ein Angebot mit förderfähigen Zuschnitten an barrierefreien und  
16 seniorengerechten Wohnmöglichkeiten eingeplant werden.

17 Belegungsrechte für Betriebswohnungen: Es soll auch möglich sein, dass Firmen  
18 Belegungsrechte für Betriebswohnungen erwerben. So können z.Bsp. auch „Lehrlings- und  
19 Schwesternwohnheime“ gefördert werden und dem Mangel an Auszubildenden sowie  
20 Pflegekräften entgegengewirkt werden.

21 Leerstände in den Vororten: Leerstände in den Vororten in die Planungen mit einbeziehen  
22 und so den Druck aus den Ballungsgebieten nehmen. Hierzu für die nötige Infrastruktur  
23 (Kitas, Schulen, Begegnungsstätten, Grundversorgung ÖPNV) sorgen

24 Gesundheits- und ärztliche Versorgungszentren im ländlichen Raum ermöglichen.

25

**Antragsbegründung:** erfolgt mündlich.

FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:

./.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission

☐

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

☐

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

☐

## A9

Antragsteller: Forum Nachhaltigkeit, Klima, Europa über den Unterbezirksvorstand Wiesbaden

Antragstitel: Nachhaltiger Umgang mit Grünflächen

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Wiesbaden sowie die SPD-Stadtverordnetenfraktion setzen sich konsequent dafür ein, dass bei künftigen Planungen keine landwirtschaftlichen und Gartenflächen verlorengehen.

- Neuer Wohnraum soll vorzugsweise auf bereits versiegelten Arealen geschaffen werden, oder in bereits bestehenden Gebäuden.

- Die Stadt soll die Bürgerinnen und Bürger anregen, ihre Hausgärten nicht mit Schotter zu bedecken, sondern Nahrungspflanzen oder Blumen zu kultivieren – auch auf Balkonen, Flachdächern und anderen geeigneten Stellen.

- Nachdrücklich wird die Stadt die Bürgerinnen und Bürger vor den Gesundheitsgefahren beim Einsatz von Pestiziden warnen.

- Die öffentlichen bzw. kommunalen Parkanlagen und alle anderen kommunalen Flächen sind im Sinne der Biodiversität weiter zu entwickeln.

- Die Stadt Wiesbaden soll bislang noch konventionell arbeitende land- oder gartenbauliche Betriebe zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise ermutigen: durch Werbung, Aufklärung, gezielte Förderung und steuerliche Anreize.

### **Antragsbegründung:**

Manche Genossinnen und Genossen werden sich fragen: Landwirtschaft, Gärtnern – sind das überhaupt unsere Themen? Ist es nicht besser, wenn wir unser Profil schärfen und uns auf den „Markenkern“ unserer Partei konzentrieren: den Kampf um soziale Gerechtigkeit. So oder so ähnlich hört man es öfter in unserer Partei. Umweltschutz – und damit auch Themen wie Landwirtschaft und Gartenbau – können wir dieser Position zufolge getrost den „Grünen“ überlassen, und die Wirtschaft der CDU und der FDP. „Denn im Zweifel wählen die Leute das Original“. Dem ist entgegenzuhalten, dass das Thema Landwirtschaft und ökologische Flächenpolitik bereits in zahlreichen Punkten Eingang in das SPD-Wahlprogramms für die Landtagswahl gefunden hat.

Wir meinen, diese Position ist falsch. Wir können nicht für soziale Gerechtigkeit eintreten und gleichzeitig Wirtschaft und Umwelt anderen Parteien überlassen, ebenso wenig Landwirtschaft und Gartenbau. Das alles sind SPD-Themen! Schon in unserem Hamburger Programm von 2007 haben wir eine nachhaltige Landwirtschaft gefordert. Sehr konkret steht das zuletzt in unserem Programm zur Landtagswahl 2023: Unsere Landwirtschaft soll „in ökologisch verträglichen Stoffkreisläufen innerhalb der Grenzen der natürlichen Ressourcen“ arbeiten. Sie soll gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel produzieren. Sie soll durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie soll die natürlichen

1 Lebensgrundlagen schützen. Sie soll im Einklang mit dem Wohl der Tiere, dem Naturschutz  
2 und der Biodiversität wirtschaften. Und sie soll den Landwirtinnen und Landwirten ein gutes  
3 und verlässliches Einkommen verschaffen.

4  
5 Diese Ziele müssen wir auch in Wiesbaden anstreben. Hier gibt es große Grünflächen, auf  
6 denen Landwirtschaft betrieben wird. Es gibt hier ausgedehnte Wälder, professionellen  
7 Gartenbau, viele private Gärten und große öffentliche Parkanlagen. Die Stadtverwaltung  
8 verfügt über zahlreiche Möglichkeiten, den Umgang mit diesen Flächen im Sinne einer  
9 nachhaltigen Entwicklung zu regulieren. Besonders hilfreich ist dabei, wenn sie eine  
10 nachhaltige Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, Stadtgärten und Klein- und  
11 Kleinstgärten fördert. Dafür kann sie die Instrumente der Stadtplanung und der  
12 Ordnungsverwaltung einsetzen. Gerade auf den Flächen, die ihr gehören, kann sie  
13 Vorschriften zur nachhaltigen Nutzung durchsetzen. Sie kann informieren und beraten. Sie  
14 kann nachhaltige Nutzung finanziell fördern. Und sie kann kommunale Steuern und Abgaben  
15 auf nachhaltig genutzte Flächen senken oder ganz streichen.

16  
17 Das wird allen Menschen in dieser Stadt nützen, besonders jenen, die sich keine der  
18 schönen Wohnungen in der Nähe eines Parks leisten können. Ein sozial gerechtes  
19 Wiesbaden heißt auch: fruchtbare Böden bewahren – und Wälder, landwirtschaftliche  
20 Flächen, Gärten und Parkanlagen nachhaltig gestalten.

**FESTSTELLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:**

S. 17:

**Z8f:** Widerspricht aktueller Beschlusslage.

**Z10ff:** Erledigt durch Vorgartensatzung der LH Wiesbaden

**Änderung Z13f:** Das Gesundheitsamt soll Aufklärungsmaterialien zur Verfügung stellen, die vor den Gesundheitsgefahren beim Einsatz von Pestiziden warnen.

**Änderung Z15f:** Die Weiterentwicklung von öffentlichen bzw. kommunalen Parkanlagen erfolgt nach biodiversen Gesichtspunkten.

**Z19:** Streichung „und steuerliche Anreize“.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission ☐

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung ☐

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung ☐